

Pressemitteilung

April 2004

Revision des Betäubungsmittelgesetzes – Es bleibt beim Nein!

Im September 2003 hat der **Nationalrat einen mutigen Entscheid gefällt**: mit 96 zu 89 Stimmen hat er sich geweigert, auf den vom Bundesrat präsentierten Revisionsentwurf zum Betäubungsmittelgesetz einzutreten. Dies war ein klares, **positives Signal gegen die Verharmlosung des Cannabiskonsums** und der staatlichen Förderung des Anbaus von und Handel mit diesem Rauschgift.

Leider hat der Ständerat Anfang März 2004 nicht den Mut gefunden, sich den guten Argumenten des Nationalrates anzuschliessen. Er hat entschieden – wie schon einmal vor zwei Jahren, aber mit viel mehr Gegenstimmen – auf die Vorlage einzutreten.

Nun kommt der Nationalrat wieder zum Zuge. Wahrscheinlich wird er noch dieses Jahr erneut die Gelegenheit erhalten, zu dieser missglückten Gesetzesrevision Stellung zu nehmen.

Es muss beim Nein des letzten Herbstes bleiben!

Im folgenden finden Sie **vier wichtige Argumente gegen die geplante Gesetzesrevision**:

- Der Revisionsvorschlag versucht einen Grossteil der **Ziele der 1998 vom Stimmbürger mit 74% Nein-Stimmen deutlich abgelehnten Legalisierungsinitiative DroLeg durch die Hintertür einzuführen.**
- Das **Ziel der Abstinenz** – d. h. eines Lebens ohne Rauschgiftkonsum – **darf nicht aufgegeben werden.** Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, einen verunglückten Menschen aus seiner krankmachenden Umgebung herauszuführen. Nur so wird er wieder fähig, sein Leben selbstbestimmt und sinnvoll zu gestalten.
- Der Gesetzesvorschlag **verharmlost den Konsum von Rauschgiften** und **erschwert** dadurch sowohl **die Prävention** als auch die **Möglichkeiten der Hilfeleistung** für Eltern, Lehrkräfte, Erzieher und Behörden. Allgemein geltende Regeln im sozialen Zusammenleben, denen auch mittels Verboten Nachdruck verschafft wird, helfen den Heranwachsenden, ihre Persönlichkeit aufzubauen und zu strukturieren. Wenn diese wegfallen, sind es einmal mehr die Schwächsten und Verletzlichsten, die dafür bezahlen müssen.
- Die Behauptung, dass **Cannabis im Vergleich zu Alkohol und Tabak** für Heranwachsende als weniger gesundheitsgefährdend einzustufen sei, ist eine bewusste Irreführung, da sie den verfügbaren seriösen wissenschaftlichen Erkenntnissen widerspricht.

Es ist notwendig, mit aller Deutlichkeit darauf zu bestehen, dass die Interessen der Allgemeinheit und das Gemeinwohl stärker gewichtet werden als die Forderungen und Ansprüche der Drogenlobby und ihr höriger Parlamentarier und Regierungsverantwortlicher.

Der «Verein Jugend ohne Drogen» wird in den nächsten Monaten mit anderen Organisationen und vielen für eine verantwortungsvolle und restriktive Drogenpolitik eintretenden Bürgerinnen und Bürger weiterhin in diesem Sinn aktiv auf drogenpolitische Entwicklungen Einfluss nehmen.

Markus Kündig
Alt-Ständerat
Vereinspräsident

Simon Schenk
Nationalrat, Vorstandsmitglied,
Sportchef ZSC Lions

Giorgio Morniroli
Dr. med.
Vorstandsmitglied